

Programm gegen Obdachlosigkeit

Landkreis plant Unterkünfte für Flüchtlinge mit Bleiberecht

München – Die Erstaufnahme von Asylbewerbern ist das eine und eine vernünftige Unterkunft für die nächsten Wochen und Monate das andere. Doch für manche Kommune im Landkreis wird die Verantwortung für die Flüchtlinge zum ganz großen Problem, wenn diese Bleiberecht erhalten. Dann müssen sie raus aus ihrer Unterkunft und landen schlimmstenfalls als Obdachlose auf der Straße. Zuständig ist dann die Kommune alleine. Der Landkreis lässt sich nun stärker in die Pflicht nehmen und springt den Gemeinden zur Seite.

Landrat Christoph Göbel (CSU) kündigte am Donnerstag im Sozialausschuss an, dass das Problem künftig auf Kreisebene angegangen werden soll. Die Lasten seien zwischen den Kommunen ungleich verteilt. Angesichts weiter steigender Flüchtlingszahlen sei Solidarität gefordert.

Derzeit sind 661 Asylbewerber im Landkreis untergebracht. Zusätzlich belegen laut Göbel etwa 100 Personen Betten in Unterkünften, die dort streng genommen gar nicht mehr sein dürften. Das Problem mit dem Fehlbelegungen habe sich seit 1. August 2014 verschärft, sagte er, weil die Regierung von Oberbayern seitdem auch übergangsweise keine Kulanz mehr walten lässt. Für Flüchtlinge mit einem wie auch immer gearteten Aufenthaltsstatus gebe es „ab sofort kein Geld mehr“, sagte Göbel. Man sei sogar angewiesen, solche Personen sofort aus den Unterkünften der Regierung auszuweisen. Die größte Sammelunterkunft der Regierung befindet sich in Höhenkirchen-Siegertsbrunn. Dort hat Bürgermeisterin Ursula Mayer (CSU) zuletzt immer wieder auf darauf hingewiesen, dass die Menschen nicht sich selbst überlassen werden dürften. Göbel sagte, der Landkreis müsse „Unterkünfte auch für Fehlbeleger“ schaffen. Dies sei über die Kreisumlage zu finanzieren.

BELO

Flüchtlinge müssen warten

Mangels Container verschiebt sich der Einzugstermin in Unterhaching

Unterhaching – Die Ankunft der 75 Flüchtlinge in Unterhaching verschiebt sich ein weiteres Mal. Ursprünglich bereits nach dem Ende der Sommerferien hätte die Unterkunft auf einem 3800 Quadratmeter großen Areal an der Biberger Straße für sie einzugsbereit sein sollen, dann wurde der Termin auf November verschoben. Nunmehr gehe die Gemeinde davon aus, dass die vom Landkreis errichtete Container-Anlage in der ersten Januarhälfte fertiggestellt sein werde, sagte Bürgermeister Wolfgang Panzer am Mittwoch im Gemeinderat. Der Grund für die abermalige Verzögerung: Der Markt für Container-Module ist wie leergefegt, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in den vergangenen Monaten und Jahren für Kindergärten und Schulen Container en masse geordert worden sind.

Die Infrastruktur für die Container-Anlage steht bereits

In dieser Angelegenheit hatten Wolfgang Panzer und sein Pressesprecher und Wirtschaftsreferent Simon Hötzl am Dienstag bei Landrat Christoph Göbel vorgesprochen. Ergebnis: Früher als Januar geht nicht. Der Landkreis München müsse die Container-Module ausschreiben und bestellen, „und das ist nicht die einzige Bestellung, die Lieferzeit verlängert sich“, sagte Hötzl am Donnerstag zur SZ. Die Gemeinde Unterhaching hat dabei die Infrastruktur für die kleine Container-Siedlung bereits weitgehend geschaffen: „Abwasser, Wasser und Strom stehen schon, Telefon ist beauftragt“, sagte der Bürgermeister am Mittwoch im Gemeinderat. Die äußere Erscheinung der Flüchtlingsunterkunft in Unterhaching solle sich nach den Vorstellungen Göbels städtebaulich anpassen wie die Anlage in Putzbrunn. Die Module würden eine vorgehängte Fassade bekommen, sagte Hötzl.

Der nunmehr avisierte spätere Einzugstermin birgt zumindest den Vorteil, dass der große Helferkreis Asyl, der sich in Unterhaching und im benachbarten Taufkirchen gebildet hat, sich umfangreicher auf seine Aufgaben vorbereiten kann. Am Donnerstagabend hatten sich die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Pfarrsaal von St. Birgitta getroffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen, wobei allerdings eine gewichtige Unwägbarkeit vorerst keine allzu gezielten Planungen zulässt: Niemand weiß bislang, um welche Menschen es sich bei den 75 Flüchtlingen handelt, die in einem Vierteljahr in der Gemeinde aufgenommen werden, insbesondere wie viele Kinder und Jugendliche welchen Alters und mit welchen schulischen Fähigkeiten dann zu betreuen sein werden.

MICHAEL MOROSOW